**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/5739**
**14. Wahlperiode** 02. 04. 2001

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Lötzer, Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS**
**– Drucksache 14/4036 –**

## Sicherung tariflicher, arbeits- und sozialrechtlicher Standards und Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen durch ein Vergabegesetz

### A. Problem

Erhaltung von tariflichen, arbeits- und sozialrechtlichen Qualitätsstandards in einem liberalisierten Markt durch ein Vergabegesetz.

### B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4036 – abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2001

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Matthias Wissmann**
Vorsitzender

**Ursula Lötzer**
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ursula Lötzer

### I.

Der Antrag der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/4036 – wurde in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 2000 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

### II.

Über den Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Vergabegesetz vorzulegen, das Bietern um öffentliche Aufträge und ihren Nachunternehmern eine Tariftreue verbindlich vorschreibt und Verstöße mit wirksamen Sanktionen sowie dem befristeten Ausschluss von Auftragsvergaben belegt. Ferner soll bei sonst vergleichbaren Angeboten die Bevorzugung von Bieterinnen und Bietern vorgesehen werden, die nachweislich und in überdurchschnittlichem Umfang die Beschäftigung von Frauen fördern, Ausbildungsplätze bereitstellen und die gesetzliche Quote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten erfüllen. Die Anwendbarkeit dieses Gesetzes soll auch für Konzessionserteilungen, öffentliche Dienstleistungsverträge und ähnliche Rechtsformen der Übertragung unabhängig vom Auftragsvolumen sichergestellt werden.

### III.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 6. Dezember 2000 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/4036 – in seiner 48. Sitzung am 7. März 2001 abschließend beraten.

Im Zuge der Ausschussberatungen machte die antragstellende Fraktion deutlich, die Lage im Vergabebereich spitze sich nicht nur im Bausektor, sondern insbesondere auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zu. Es gebe bundesweit 250 000 Arbeitsplätze, die von einer Auflösung des sozialen Schutzes bedroht seien. Es sei dringlich, dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Es sei daran zu erinnern, dass zwischenzeitlich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen beschlossen habe, neben einer weiteren Bundesratsinitiative für ein Vergabegesetz einen Appell an die Kommunen zu verabschieden, wenigstens bis dahin keine weitere Tarifflucht mehr zu begehen. Bislang scheiterten sämtliche in diese Richtung zielenden Initiativen an der Haltung der Bundesregierung. Insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie habe sich mehrfach dahin gehend geäußert, dass er nicht bereit sei, sozialen Schutz in die öffentliche Auftragsvergabe zu integrieren und ein Vergabegesetz zu schaffen. Bundeskanzler Gerhard Schröder habe auf dem Verdi-Gründungskongress erklärt, er habe Verständnis für die Problematik und sei sich bewusst, dass man die Probleme vor der EU-Osterweiterung lösen müsse. Er habe sich weiterhin dahin geäußert, dass die Bundesregierung nunmehr zügig mit den Ländern Gespräche über die Lösung dieses Problems aufnehmen werde.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der PDS – Bundestagsdrucksache 14/4036 – zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Berlin, den 28. März 2001

**Ursula Lötzer**
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333